

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: Carl Neubauer
Redaktion: Neubauer & Neumann
Verlag: Neubauer & Neumann

Druck: Carl Neubauer
Verlag: Neubauer & Neumann

Verlag: Neubauer & Neumann

Die einzige Dresdner Zeitung mit Morgen- und Abendausgabe

Vor Verkündung der autonomen Kontingente

Grundsätzlicher Wandel in der Handelspolitik?

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 2. Nov. In der am Mittwochnachmittag abgehaltenen Sitzung des Reichskabinetts stand, wie angekündigt, die Kontingentspolitik im Mittelpunkt der Aussprache. Eine offizielle Mitteilung über das Ergebnis der Kabinettsberatungen wurde nicht ausgegeben. Über das Ergebnis der Beratungen wird zunächst noch Stillschweigen bewahrt.

Es verlautet jedoch, daß die Regierung im Laufe des Donnerstags zur Verkündung der autonomen Kontingente schreiten wird.

In politischen Kreisen nimmt man an, daß die heutigen Beratungen die Sache bereits so weit gefördert haben, daß in der am Donnerstagvormittag stattfindenden weiteren Kabinettsitzung lediglich noch die offizielle Verkündung der Kontingente vorzunehmen wäre.

Die Entscheidungen des Reichskabinetts sind offenbar durch einen neuen deutsch-nationalen Vorstoß be-

schleunigt worden, den die landwirtschaftlichen Abgeordneten der deutsch-nationalen Fraktion des Preussischen Landtages am Mittwochnachmittag beim Kanzler unternahmen. Die deutsch-nationalen Herren trugen dem Reichskanzler nochmals die dringendsten Forderungen zur Sanierung der Landwirtschaft vor. In erster Linie wurde die Forderung aufgestellt, die autonomen Kontingente nunmehr sofort in ausreichender Höhe und unter Einbeziehung aller schon bedürftigen Agrarprodukte durchzuführen. Nach einer von den Beteiligten verbreiteten Mitteilung hat der Kanzler angegeben, daß das Kabinett die Kontingenterung beschließen wolle.

Der Rahmen dieser neuen Kontingentspolitik ist angelehnt der Zurückhaltung, die man sich in den amtlichen Kreisen heute auferlegt, noch nicht ganz so überblicken. Man wird aber in der Annahme kaum schweben, daß die Kontingente sich auf die schon früher in dieser Hinsicht vielfach exportierten Produkte wie Schmalz, Del, Speck, Fleisch, Weizen, Getreide, Gartenbauzeugnisse, Gemüse, Früchte und Blumen beziehen. Mit der Veröffentlichung der neuen Maßnahmen würde der grundsätzliche Wechsel in der deutschen Handelspolitik vollzogen sein.

Der Feind steht links

Der Wahlkampf bringt es mit sich, daß jeder Schritt, den die Regierung tut, und jede Maßnahme, die sie ergreift, nach der Wirkung auf die Wählermassen beurteilt werden. Es ist keine Zeit für ruhige oder gar staatspolitische Überlegungen. Unter diesem Druck des Wahlsiebers hat auch die Gegenaktion gelitten, mit der die Reichsregierung durch schnelles Vortreiben der Reichs- und Verwaltungsreform die Gefahren des Leipziger Urteils in Preußen zu bannen suchte.

Ein Blick auf die Presse der verschiedensten Parteilagerungen zeigt, daß das Ergebnis nirgends befriedigt hat. Die Linke zeteriert zwar unter direkten Angriffen auf den Reichspräsidenten von neuem über Verfassungsbruch, aber sie fühlt sich durch das Vorgehen des Reiches in ihrer preussischen Wählerarbeit nicht gehemmt. Die Ernennung einiger Preussenkommissare zu Reichsministern mag zur Folge haben, daß diese dem Reich nach nicht mehr hinter den Rücken des Schattensabinetts Braun-Severing zurückstehen, und es mag auch zutreffen, daß mit der neuen Amtverkopplung zwischen Preußen und Reich ein wichtiger Schritt zur Reichsreform getan ist, der sich schwer wieder rückgängig machen läßt, aber Papens Schuk hat doch nicht im Schwarzen getroffen. Denn die „Hobeldrecks“, die das Leipziger Urteil der ehemaligen Preussenregierung ausgesprochen hat, sind in keiner Weise geschwächt worden und der Konflikt zwischen den drei Berliner Regierungen dauert nach der ergebnislosen Aussprache der Hindenburg unvermindert an. Wenn die Sozialdemokratie, die sich in diesem Kampf gegen die Präsidialregierung schnell wieder mit dem Zentrum zusammengesunden hat, praktisch mit den Befugnissen ihrer Minister auch wenig anzufangen weiß, so ist sie doch froh, eine Plattform gefunden zu haben, von der aus sie spekulieren und wieder ein Wort mitreden kann. Sie wird auf jede Weise versuchen, neue Schwierigkeiten zu schaffen, sei es durch eine neue Klage vor dem Staatsgerichtshof, deren juristische Möglichkeit noch geprüft wird, sei es auf dem offengebliebenen Weg über den Reichsrat.

Hier, in der Versammlung der Völkervertreter, ist die Kraftprobe durch den Streit um den Termin der nächsten Reichsratsitzung bereits im Gange, und es zeigt sich schon, daß in diesem Gremium die Stellung des Reiches durch die Art seines preussischen Vorgehens nicht gefährdet, sondern erheblich geschwächt worden ist. Hatte der Leipziger Spruch dem Reichskanzler als preussischem Reichskommissar schon die Waffe der Instruktion der preussischen Reichsratsstimmen aus der Hand geschlagen und sie der schwarz-roten Koalition zurückgegeben, so ist durch den neuen Eingriff in die preussische Verwaltung die Front der übrigen Länder gegen die Reichsregierung erst recht zusammengeschiebeld worden. Die vom Zentrum und den Nationalsozialisten beherrschten Länderregierungen standen sowieso in erklärter Opposition. Fraglos war nur noch, auf welche Seite sich Bayern schlagen würde. Daher das Liebeswerben um die Bayerische Volkspartei, die im Besitz des Schlüssel zur Mehrheit im Reichsrat ist. Herr v. Papen hat sich während seines Münchener Aufenthaltes daran beteiligt und sogar die Erfüllung alter bayerischer Wünsche auf dem Gebiet der Verfassungsautonomie in Aussicht gestellt. Das schien den bayerischen Ministerpräsidenten eine Zeitlang zu locken, aber von dem Augenblick an, in dem durch das Leipziger Urteil festgestellt wurde, daß es mit der Verfassungsreform nicht so glatt gehen würde, hat sich das Blatt in München wieder gewendet. Wie trügerisch die Freundschaftsbeteuerungen für den Reichskanzler waren und wie sehr leicht die Herren Braun und Severing wieder auf die bayerische Unterstützung rechnen können, das haben die letzten Reden des Ministerpräsidenten Heide gezeigt, in denen er eine offene Kampfanlage an die Reichsregierung gerichtet hat und deren Ton kaum hinter der Schärfe zurückgeblieben ist, die vor dem Reichsrekurs gegen Preußen Severing mit Recht zum Vorwurf gemacht worden ist. Das Reichskabinett trifft allerdings eine Mitschuld an dieser ungünstigen Wendung durch den unglücklichen Griff, den es mit der Ernennung des ehemaligen Staatssekretärs im Reichsfinanzministerium, Pöppel, zum Reichsminister und preussischen Finanzkom-

Brauns Kampf gegen die Reichsregierung

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 2. Nov. Das Vorgehen des bayerischen Ministerpräsidenten hat die frühere preussische Regierung Braun-Severing veranlaßt, am Mittwochnachmittag eine Kabinettsitzung abzuhalten, in der gegen die Reichsregierung Stellung genommen wurde. In einer Verlautbarung, die über diese Sitzung ausgegeben wurde, heißt es:

„Daß die preussischen Staatsminister übereinstimmend festgestellt haben, daß die Reichsregierung ihre auf Grund des Urteils des Staatsgerichtshofes festgesetzte Pflicht, die an Unrecht enthobenen preussischen Minister wieder in ihr Amt als Staatsminister und Landesregierung einzusetzen, nicht erfüllt hätte.“

Seitens der kommunistischen preussischen Staatsregierung ist schon wenige Minuten nach der Veröffentlichung dieser Verlautbarung eine sehr entschiedene Antwort erteilt worden, in der erklärt wird, daß die Verlautbarung der früheren Regierung insofern irreführend sei, als sie unterstelle, daß nach der Entscheidung des Staatsgerichtshofes eine Pflicht bestehe, die früheren Minister wieder formell in ihre Ämter einzusetzen. Eine solche Pflicht ergebe sich, so wird seitens der kommunistischen preussischen Staatsregierung nachdrücklich festgestellt, aus dem Leipziger Urteil keineswegs. Die Reichsregierung sei lediglich verpflichtet, den früheren Ministern die Ausübung der Befugnisse zu ermöglichen, die ihnen der Staatsgerichtshof zuerkannt habe.

Es wird in diesem Zusammenhang mitgeteilt, daß die Reichsregierung vor Tagen den Mitgliedern der früheren Staatsregierung die nötigen Vorschläge gemacht habe, ohne daß diese es jedoch für erforderlich gehalten, darauf einzugehen.

Worin die Vorschläge der Reichsregierung und der kommunistischen preussischen Staatsregierung übereinstimmen, ist nicht bekannt.

Die preussische Regierung an die Adresse der Herren Braun-Severing im einzelnen bekannt haben, wird offiziell nicht mitgeteilt. Unter der Hand erfährt man allerdings, daß diese Vorschläge sich im wesentlichen auf die Namstragen bezogen.

Dr. Bracht, der immer eine persönliche Kochschaltung vor dem Politiker Braun behalten habe, würde es auf das lebhafteste bedauern, wenn dieser sich aus Prestigegründen von anderen Leuten dazu verleiten ließe, an einem demonstrativen Wiederbesuch in die Räume der Wilhelmstraße zu bestehen.

Dr. Bracht habe den Mitgliedern dieser Regierung ausreichende und würdige Arbeitsräume im preussischen Wohlfahrtsministerium angeboten. Diese Wahl sei deshalb getroffen worden, weil die Räume des Wohlfahrtsministeriums denen des Landtages und des Staatsrates räumlich sehr nahe liegen, so daß sie sich für die Durchführung der Befugnisse eignen, die das Leipziger Urteil der früheren Regierung zuerkannt hat. Seitens der Reichsregierung wird erklärt, daß es nicht ihre Schuld sei, wenn die Herren Braun-Severing usw. gemachten Vorschläge keine Billigung finden.

Eine Rückgabe der Räume in den einzelnen Staatsministerien sei nicht möglich.

da sonst die Arbeit der Exekutive, die das Leipziger Urteil ausdrücklich dem Reichskommissar zuspricht, empfindlich gefährdet werden würde. Auch könne die kommunistische preussische Staatsregierung keinen direkten Verkehr der früheren Regierung mit den Beamten zulassen. Jede Fühlungnahme könne lediglich über den Reichskommissar erfolgen. Im übrigen wird noch festgestellt, daß die frühere Regierung eindeutige Wünsche bisher überhaupt noch nicht geäußert hat.

Schwere Flugzeugkatastrophe im Spessart

Fünf Insassen tödlich verunglückt

Frankfurt a. M., 2. Nov. Aus dem Fluge von Nürnberg-Fürth nach Frankfurt a. M. verunglückte heute mittag gegen 12.30 Uhr das Flugzeug D 724. Top Junker V 18, bei Schenheppel in der Nähe von Rohrbrunn im Spessart. Fünf Insassen kamen dabei ums Leben. Die Namen der Verunglückten sind: Oberregierungsrat Weidner und Regierungsrat Schenck vom Landesfinanzamt in München, der kaufmännische Angestellte Richter von der Münchner Flugleitung und die Besatzung, Flugzeugführer Anton Schulz und Funkermeister Karl Franke. Sachverständige zur Klärung der Gründe des Unfalls sind unterwegs.

Nach den bisherigen Feststellungen ist das Flugzeugverunglück bei Schenheppel wahrscheinlich auf den Bruch eines Flügels

zurückzuführen. Wenigstens fand man diesen Flügel einige hundert Meter von der Stelle entfernt, an der das Flugzeug schließlich im Boden eingegraben liegt. Das Flugzeug ist in diesem Bereich abgeknickt. Die Blätter einiger Bäume sind

bei dem Sturz glatt abgerast worden, während der schwere Flugzeugkörper sich tief in die Erde gesenkt hat. Einer der Getöteten liegt noch unter dem Flugzeug, während drei Insassen in der Nähe des Flugzeuges aufgefunden wurden.

Gronau in Athen gelandet

Athen, 2. Nov. Die deutschen Weltflieger teilten in einem Radiotelegramm ihre Landung im Hafen von Athen mit. Das Dornierflugboot hat sein heutiges Tagesziel um 11.50 Uhr erreicht. Von Gronau will als nächstes Tagesziel Rom anfliegen. Zur Vermeidung seines Weltfluges liegt dann noch als letztes schweres Hindernis die Ueberquerung der Alpen vor ihm, die mit Rücksicht auf die vorgeschrittene Jahreszeit bei schlechter Wetterlage nicht möglich ist. Die Flieger werden in Rom deshalb besonders sorgfältig Wettermeldungen einholen.

Wiedereröffnung der Universität Wien. Der Rektor der Universität ordnete für Donnerstag die Wiedereröffnung der Universität bei Fortdauer des Legitimationszwanges an.

Heute:
Literarische Umschau
Seite 7